

Bundeskanzler Dr. h. c. Willy Brandt
Träger des Friedens-Nobelpreises 1971

Umweltschutz als internationale Aufgabe



22. TAGUNG DER NOBELPREISTRÄGER IN LINDAU (BODENSEE)



Buchdruckerei Köchlin - Oskar Paul
Lindau (Bodensee)

Bundeskanzler Dr. h. c. Willy Brandt
Träger des Friedens-Nobelpreises 1971

**Umweltschutz
als internationale
Aufgabe**



Vortrag,
gehalten zur Eröffnung der 22. Tagung der Nobelpreisträger
– VIII. Tagung der Mediziner –
in Lindau (Bodensee) am 26. Juni 1972

Es ist kaum mehr als zehn Jahre her, da schien das Thema Umweltschutz hierzulande für Phantasten reserviert. Ich kann mich daran noch gut erinnern, und seitdem habe ich nicht zuletzt auf diesem Gebiet erfahren, welche Last sich aus verschleppten Reformen ergibt.

Wir sind in den letzten Jahren Zeugen eines Bewußtseinswandels von geschichtlicher Auswirkung: Industrielle und technologische Revolution sowie wirtschaftliches Wachstum haben die menschlichen Möglichkeiten in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß erweitert. Gleichzeitig wird jedoch immer deutlicher, daß dieser Prozeß zu schweren Schäden der physischen und sozialen Umwelt führt, die die Existenz des Menschen gefährden. Der Ausnutzung von Rohstoffen und Technologien sind Grenzen gesetzt. Zunehmend wird deutlich, daß die Schäden an den Staatsgrenzen nicht haltmachen. Insofern sind die Verschmutzung des Bodensees und das Fischsterben im Rhein, um zwei sehr naheliegende Beispiele zu nennen, richtig eingeordnet worden.

Auch nimmt die Zahl derer zu, die sich klarzumachen wissen, daß krisenhafte Verschärfungen der Umweltsituation in anderen Teilen der Welt uns nicht gleichgültig lassen können. Hier wie

anderswo spürt man, daß Probleme, die heute noch weit entfernt scheinen, schon morgen bei einem selbst auftreten können. Und es ist nicht Science Fiction, wenn wir hören, daß man in Tokio schon mit automatisierten Überwachungs- und Warnsystemen arbeitet, um die Bevölkerung vor plötzlich auftretenden Konzentrationen gefährlicher Schadstoffe zu schützen.

Der gewandelte Stellenwert des Umweltproblems und der tiefgreifende Bewußtseinswandel in der Welt kommen auch dadurch zum Ausdruck, daß die Vereinten Nationen dieses Thema aufgegriffen haben und in diesem Monat in Stockholm eine der größten Konferenzen ihrer Existenz veranstalteten. Ihr Motto: „Only One Earth“ — „Nur eine Erde“ zeigt, worum es geht.

Es handelt sich nicht darum, die Welt das Umweltgruseln zu lehren, sondern es gilt, die Warnungen vor „programmiertem Selbstmord“ so ernst zu nehmen, wie sie sind; nicht um vor den ernstesten Gefahren zu resignieren, sondern um durch eine nüchterne Bestandsaufnahme rasch genug zu geeigneten Problemlösungen zu kommen.

II.

Umweltpolitik erfordert ein konsequentes Umdenken und verlangt die Änderung eingefahrener Gewohnheiten. Und zwar in doppelter Weise: Wir müssen lernen, die Umweltgefahren

als ein weltweites, zugleich fast alle Bereiche des Lebens umfassendes Problem zu begreifen; und wir müssen prüfen, ob unser gesellschaftliches Wertesystem der Forderung nach einer angemessenen Qualität des Lebens standhält. Nachdem man sich jahrelang darauf beschränkt hatte, einzelne Symptome isoliert zu betrachten, beginnt nun das Verständnis dafür zu wachsen, daß zwischen den Faktoren, die die Umwelt des Menschen bestimmen, vielfache Verbindungen und Abhängigkeiten bestehen.

Ein wichtiges Indiz für die besonderen Gefahren der Umweltverschmutzung ist die Tatsache, daß Schäden, die durch Immissionen oder durch Eingriffe in die Biosphäre entstehen, nicht nur dort auftreten, wo sie verursacht werden. Das heißt nicht nur: Wer den Oberlauf eines Flusses verunreinigt, schädigt damit fast automatisch die Bewohner am Unterlauf. Sondern es heißt beispielsweise auch: Durch DDT verursachte Schäden können sich, teils direkt, teils durch Wechselwirkung mit anderen Prozessen, in Gebieten zeigen, in denen dieses Insektenschutzmittel nie verwendet wurde.

Die Auswirkungen von Umweltschädigungen erscheinen, wie das Beispiel DDT zeigt, jedoch häufig nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich verschoben, so daß eine erhebliche Zeitspanne zwischen der Verursachung und der schädlichen Wirkung liegen kann. Die Gefahren werden häufiger erst erkannt, wenn sie sich bereits millionenfach vervielfältigt haben.

Man sollte daraus die Lehre ziehen, daß es schon viel später ist, als wir denken möchten. Maßnahmen, die wir heute ergreifen, werden unheilvolle Prozesse unter Umständen erst in Jahren unter Kontrolle bringen können.

Auf die Notwendigkeit, Umweltprobleme weltweit und langfristig zu sehen, hat der Club von Rom in seinem Bericht zur Lage der Menschheit sehr eindringlich hingewiesen. Und dieser globale Aspekt hat nicht nur das Team des MIT (Massachusetts Institute of Technology) bei der Berechnung seines Weltmodells, sondern auch die britischen Wissenschaftler beschäftigt, die Anfang dieses Jahres einen „Blue Print for Survival“, d. h. ein Konzept für das Überleben der nächsten Generation veröffentlicht haben. Die Einsicht in die schädlichen Auswirkungen eines einseitig quantitativ orientierten Wachstums ist rasch über den Kreis der Theoretiker hinausgedrungen. Ich denke hier, was die Bundesrepublik angeht, u. a. an die 4. Internationale Tagung der IG Metall in Oberhausen, auf der zu dieser Einordnung der Umweltprobleme Wesentliches gesagt wurde.

Selbstverständlich wird ein so komplexes Thema kontrovers diskutiert, denn wir stehen ja erst am Anfang einer intensiven Erforschung unserer Umweltbedingungen. Man wird deshalb auch über die Bewertung einzelner Fakten streiten können, aber über eines, glaube ich, sollte man nicht streiten: Einerlei, ob gewisse katastrophale Folgen der Umweltverschmutzung in

zehn, fünfzig oder in hundert Jahren eintreten, ob die Erschöpfung bestimmter Hilfsquellen schon in der nächsten Generation oder erst später zu verzeichnen sein wird, es geht um nicht weniger als darum, den Zusammenbruch unseres ökologischen Systems zu verhindern.

Dazu bedarf es fundierter Kenntnisse der weltweiten Zusammenhänge zwischen Rohstoffreserven, Nahrungsmittelproduktion, Bevölkerungswachstum, Industrialisierung und Umweltverschmutzung – um nur die wichtigsten Faktoren zu nennen. Die Interdependenz dieser Größen ist in letzter Zeit wiederum sehr eindrucksvoll durch die Untersuchungen des Clubs von Rom belegt worden. Auch wenn man anmerken muß, daß es sich dabei nur um vorausgeschätzte mögliche Entwicklungen handelt, deren Voraussetzungen noch zu überprüfen sind, ist festzuhalten,

- daß die Rohstoffvorkommen endlich sind,
- daß die Möglichkeiten – mit oder ohne Pestizide –, so viel Nahrungsmittel zu produzieren, daß davon eine explosionsartig ansteigende Bevölkerung ernährt werden kann, begrenzt sind, und
- daß eine ständige, einseitig orientierte Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums angesichts der bereits jetzt sichtbaren Umweltschäden schwere Gefahren zur Folge hat, die ohne eine Änderung der Konsumgewohnheiten nicht bewältigt werden können.

Wir sind gewarnt, und es ist nun die Aufgabe, nicht nur die vorhandenen Daten in unser politisches Koordinatensystem einzuordnen, sondern daraus dann auch ohne ungebührliche Verzögerung neue Prioritäten abzuleiten.

Hinter uns liegt die schmerzliche Erfahrung, daß ein hoher technischer Standard Verletzungen der Menschenwürde nicht aufhebt und neue nicht ausschließt. Es ist logisch, daß national und international verlangt wird, Umweltschutz in die Grundrechte einzubeziehen.

Aber machen wir uns nichts vor: Umweltschutz ist nicht gratis zu haben. Und wenn man wirklich eine bessere Qualität der Lebensbedingungen verwirklichen will, dann muß man Antworten auf die Fragen finden, die sich aus der engen Verflechtung von ökonomischen Interessen und Umweltschutz ergeben. Isoliert wirtschaftliche Rationalität ist gewiß nicht in der Lage, gesamtgesellschaftliches Wohlergehen zu sichern. Es bedarf zusätzlicher gemeinschaftlicher Anstrengungen, um die Lebensgrundlagen zu festigen.

Umweltschutz ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die es gegen den Widerstand vielfältiger Sonderinteressen durchzusetzen gilt und die deshalb eine möglichst breite Zustimmung braucht. Dazu müssen viele Menschen begreifen, daß jeder Verursacher von Umweltschäden im Grunde auch Opfer der von ihm geschaffenen Zustände ist. Alle sind für die Umwelt, in der sie leben, mitverantwortlich.

Vor allem muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß sich der private Wohlstand aus zwei Komponenten zusammensetzt, einer individuellen und einer gemeinschaftlichen, und daß die zweite immer mehr Bedeutung erhält. Wenn aus dieser Erkenntnis nicht rasch genug Konsequenzen gezogen werden, drohen über einen inhumanen Materialismus hinaus schwere Störungen der gesellschaftlichen Ordnung.

Damit ich recht verstanden werde: Wir brauchen **Leistung**, damit wir den Aufgaben der Zukunft gerecht werden können. Aber wir werden unseren Scharfsinn in steigendem Maße darauf verwenden müssen, wie wir von einer bloßen **Wachstumsmaximierung** zu einer ausgewogenen **Wachstumsoptimierung** gelangen können. Oder, mit anderen Worten, zu besseren Lebensbedingungen. Für die Wissenschaft und die praktische Politik ergeben sich neue Fragestellungen und Aufgaben. Vor allem ist zu fragen: Wie erreicht man die optimale Nutzung begrenzter Ressourcen?

Ich will gleich hinzufügen, daß ich nicht mit jenen Umweltforschern übereinstimme, die voreilig ein Nullwachstum propagieren. Diese Forderung muß allen jenen Gruppen und Ländern wie Hohn erscheinen, die in Armut leben und durch Entwicklung die wirtschaftliche Grundlage einer menschenwürdigen Existenz schaffen wollen. Es geht meiner Meinung nach nicht darum, das Wachstum anzuhalten, sondern es umzustrukturieren! Dies bedeutet, daß wir als Bestandteil

vernünftiger Umweltplanung das Wachstum bei bestimmten Produkten drosseln, bei anderen, z. B. umweltfreundlichen Produkten aber weiter steigern müssen.

III.

Nun wird mit Recht eingewendet, eine solche Vorstellung sei schon deshalb unrealistisch, weil man weder bei uns noch in anderen Ländern damit rechnen könne, daß sich das Umweltbewußtsein bei allen Produzenten gleich stark entwickeln werde. Das ist sicher so, und deshalb müssen Umweltvorschriften entwickelt werden, die nach Möglichkeit Wettbewerbsverzerrungen und Handelshemmnisse vermeiden. Dies dürfte nach unseren Erfahrungen — z. B. mit der Steuerharmonisierung — schon im Bereich der Europäischen Gemeinschaft ein dorniges Problem sein. Trotzdem wird es nicht nur regional, sondern weltweit zum Prüfstein für den Willen zur Gemeinsamkeit in Existenzfragen.

Hinzu kommt dies: Umweltschutz nur für die hochindustrialisierten Länder wäre eine sehr kurzsichtige Lösung — und außerdem moralisch nicht vertretbar. Auch in den Entwicklungsländern kommt es durch die einseitige Bodennutzung, die konzentrierte Anwendung chemischer Stoffe und durch die beginnende Industrialisierung zu Umweltschädigungen, die sich in den kommenden Jahren vermutlich noch verstärken werden. Daß die Entwicklungsländer die bisherige Umweltschutzpolitik

der Industrieländer als einen Versuch zur Erhaltung ihrer ökonomischen Vormachtstellung mißverstanden haben, liegt sicher nicht nur daran, daß der Nord-Süd-Konflikt mit soviel Emotionen beladen ist.

Ohne wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Bevölkerungsexplosion und ohne eine durchdachte und substantielle Hilfe, mit der man den Entwicklungsländern von vornherein möglichst wirksam beim Aufbau umweltfreundlicher Produktionsverfahren beistehen kann, wird der Umweltschutz in den Entwicklungsländern eine halbe Sache bleiben.

Fachleute sagen uns, daß es kaum Chancen gibt, die Bevölkerungsexplosion noch in diesem Jahrhundert zu stoppen. Wo es im Bereich von Bildung, Beschäftigung, Ernährung, sozialer Sicherung und Gesundheitsdienst am Nötigsten fehlt, hat Familienplanung keine Chance, und wo Familienplanung nicht wirksam werden kann, gibt es wenig Fortschritt in Bildung, Beschäftigung, Ernährung, sozialer Sicherung und Gesundheitsdienst. Noch kontrolliert ein Drittel der Weltbevölkerung etwa 85 % des Weltkapitals und verbraucht mehr als 80 % der Energie- und Rohstoffproduktion. Solange diese Relationen bestehen, wird es schwer bleiben, die Entwicklungsländer mit unseren Vorstellungen von einer besseren Qualität des Lebens zu überzeugen.

Aber, und das gilt für alle Seiten, niemand kann sich vor der Erkenntnis verschließen, daß die Welt unteilbar geworden ist.

Wir können uns schon deshalb unserer weltweiten und regionalen Verantwortung nicht entziehen.

Der Europäischen Gemeinschaft kommt wegen ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung auch im Bereich des Umweltschutzes eine Schlüsselfunktion zu. Das Schreiben Sicco Mansholts an den damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Malfatti, vom Februar dieses Jahres, ist ein bemerkenswerter Versuch, die Rolle der Europäischen Gemeinschaft auch in diesem Sinne neu zu definieren.

Ich kann Mansholt in einer Reihe von Punkten nicht folgen. Aber ich bin mit ihm der Meinung, daß wir uns über die soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft Klarheit verschaffen sollten. Und ich bewundere den Mut, mit dem er gleich einer ganzen Herde heiliger Kühe zu Leibe rückt.

Die Forderung, „den Zivilisationsplunder über Bord zu werfen“, wie Georg Picht in einer Würdigung der Mansholt'schen Vorschläge formuliert hat, braucht man sich nicht in extremer Auslegung zueigen zu machen. Aber notwendig ist es — wie ich schon darzulegen versuchte —, den privaten Verbrauch in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen zu den Gemeinschaftsaufgaben wie soziale Sicherung, Bildung und Infrastruktur und zu den immateriellen Gütern wie kulturelle Entfaltung, Freizeitgestaltung und Erholung. Der Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen dienen nach Mansholts Konzept Vorschläge zur

Förderung umweltfreundlicher Technologien, zur Verlängerung der Lebensdauer von Investitionsgütern und zur Entwicklung eines umweltschützenden Produktionssystems.

Eine möglichst breite Diskussion über die Sicherung unserer Lebensgrundlagen wird dazu beitragen, die Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln zu fördern. Wir brauchen eine Harmonisierung der Umweltpolitik, die Wettbewerbsverzerrungen verhindert und dafür sorgt, daß es keine „billigen Flaggen“ des Umweltschutzes gibt, und wir brauchen koordinierte Maßnahmen zur Beseitigung von Umweltschäden.

Ich begrüße es deshalb, daß sich die in den Empfehlungen der Europäischen Kommission entwickelten Vorstellungen in wesentlichen Teilen mit denen des deutschen Umweltprogramms decken. So bekennt sich die Europäische Kommission ebenso wie wir in der Bundesrepublik zum Verursacherprinzip. Die Partner der Europäischen Gemeinschaft werden gemeinsam prüfen müssen, welche Maßnahmen vordringlich in Angriff genommen werden sollen. Und man wird sich auch zu fragen haben, ob die rechtlichen Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft ausreichen. Dabei werden wir nicht in jedem Fall Gemeinschaftslösungen abwarten können, wenn es gilt, akute Umweltgefahren im eigenen Lande zu bekämpfen.

Wir brauchen auch eine **gesamteuropäische** und eine **internationale** Kooperation auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Die Probleme

der Umweltverseuchung stellen sich ja unabhängig von den Gesellschaftssystemen. Und gerade auf diesem Gebiet sollte die Zusammenarbeit nicht durch ideologische Schranken beeinträchtigt werden. Dies ist umso notwendiger, als Umweltfragen neue Konfliktstoffe im Verhältnis der Staaten zueinander aufwerfen. Hier gilt es, zeitig genug Vorkehrungen zu treffen, um aufkommende Konflikte mit Hilfe geeigneter Verfahrensweisen und internationaler Organisation auf friedlichem Wege auszutragen und zu regeln.

Doch lassen Sie mich gleich hinzufügen: Ein globales technokratisches Weltmanagement, das den Vertretern des Clubs von Rom offenbar vorschwebt, erscheint mir nicht erfolgversprechend. An den politischen Realitäten von heute kann man mit Aussicht auf Erfolg nicht vorbeiplanieren. Die Lösung dieser Fragen sollte im Rahmen der **bestehenden** internationalen Organisationen gesucht werden. Ihre vorhandenen organisatorischen Möglichkeiten müssen allerdings effektiver genutzt werden — dies erscheint mir rationeller als neue Institutionen zu schaffen. Dabei ist es notwendig und hoffentlich auch möglich, gemeinsame Auffassungen über Prioritäten zu entwickeln und langfristige Ziele festzulegen.

Ein wichtiger Auftakt zu weltweiten Bemühungen um eine bessere Qualität des Lebens war die Stockholmer Umweltkonferenz, die vor gut einer Woche zu Ende gegangen ist. Ich bedaure, daß es

nicht gelungen ist, die Schwierigkeiten auszuräumen, durch die sich die Sowjetunion und andere Staaten des Warschauer Paktes an der Teilnahme gehindert sahen. Aber ich gehe davon aus, daß die Differenzen — die mit der Sache selbst nichts zu tun haben — beigelegt werden können und die Arbeit zum Wohle der Menschen in Ost und West bald mit allen in der UNO vertretenen Staaten fortgesetzt werden kann.

Die in Stockholm verabschiedete Erklärung zur Umwelt des Menschen scheint mir als Grundlage dafür sehr geeignet. Sie setzt Orientierungspunkte für ein noch zu schaffendes neues Völkerrecht auf dem Gebiete des Umweltschutzes und bildet die Basis und den Rahmen für den Aktionsplan, in den die zahlreichen Empfehlungen der Arbeitsgruppen einfließen.

Ich nenne als Beispiel die Empfehlung zur Verstärkung der Umweltforschung und zum System der „Erdwacht“, mit deren Hilfe weltweite Umweltschäden ermittelt und kontrolliert werden; weiterhin die Empfehlung, daß Abfallstoffe nicht auf hoher See versenkt werden sollen; auch die Empfehlung, daß Umweltschutz nicht zu Lasten der Entwicklungshilfe gehen darf. Der auf Vorschlag von Präsident Nixon — auch mit deutscher Unterstützung — geschaffene Umweltfonds ermöglicht den Aufbau weltweiter Überwachungs- und Informationssysteme.

In Stockholm ist unter den 114 anwesenden Staaten ein Konsensus hergestellt worden, der die Entwicklung positiv beeinflussen kann.

Es ist zu hoffen, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Empfehlungen der Arbeitsgruppen annimmt. Der Umweltschutz wird der Weltorganisation neue Impulse geben. Dabei werden der neue „Governing Council“ und das Umweltsekretariat die weltweiten Initiativen auf dem Gebiete des Umweltschutzes koordinieren, konsolidieren und weiter vorantreiben müssen. Die Bundesrepublik Deutschland ist — daran möchte ich keinen Zweifel lassen — zu einem aktiven Beitrag in diesen Gremien bereit.

IV.

Aber täuschen wir uns nicht: Die jetzt in Gang gekommenen Aktivitäten werden bei weitem nicht ausreichen, um den unheilvollen Prozeß der Zerstörung unserer Umwelt aufzuhalten. Diese Aktivitäten stehen immerhin am Anfang eines weltweiten Bewußtseinswandels, den es mit allen Kräften zu fördern gilt. Um die Richtung abzustecken, an der sich unsere Bemühungen in Zukunft zu orientieren haben, möchte ich hier wiederholen dürfen, was ich im November 1970 in Bonn zum Abschluß des Europäischen Naturschutzjahres gesagt habe:

„Wir müssen künftig auf manches verzichten, was zwar ökonomisch rentabel, aber gesellschaftlich bedenklich ist. Und wir müssen manches, was ökonomisch als unrentabel erscheinen mag, gesellschaftlich durchsetzen“.

Das ist das Problem. Sicher ist unsere freiheitliche Gesellschaft durchaus wandlungsfähig, aber die Schwierigkeiten wachsen zunächst schneller als die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Politik, sie zu lösen. Umweltfragen sind Neuland für uns alle. Sie sind eine Herausforderung für alle, die politische Verantwortung tragen, und das sind nicht nur die Politiker, das sind die Bürger und das sind nicht zuletzt die Wissenschaftler, die ich von hier aus eindringlich um verstärkte Mithilfe bitten möchte. Wir brauchen ihre Forschungsergebnisse und ihren Rat, damit wir unsere Entscheidungen auf möglichst breite Kenntnisse stützen können. Wir brauchen auch ihr Engagement in der Öffentlichkeit.

Es scheint mir bemerkenswert, daß sich die Wissenschaftler des MIT mit ihrem Buch über die Grenzen des Wachstums bewußt an die Öffentlichkeit und nicht an ein wissenschaftliches Publikum gewandt haben. Sie waren der Meinung, daß die Folgen, die sich aus ihrer Untersuchung ergeben, „weit über den Inhalt einer rein wissenschaftlichen Schrift hinausreichen“. Damit haben diese Wissenschaftler bewußt den Dialog mit der Politik und mit all denen gesucht, die täglich Entscheidungen fällen und Meinungen bilden, welche die physikalischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf der Welt für Jahrzehnte beeinflussen können.

Ich bin dankbar für ein solches Angebot. Der Weg der Wissenschaft in die öffentliche Verantwortung folgt der Überzeugung, daß Katastrophen verhindert werden können, wenn alle, die es

angeht, rechtzeitig über die notwendigen Informationen verfügen. Das war bei der Atombombe nicht der Fall, aber gerade die Entwicklung auf diesem Gebiet hat die Wissenschaft in ihrem Selbstverständnis entscheidend verändert. Wir sollten ihr gesellschaftspolitisches Engagement für eine bessere Qualität des Lebens sehr ernst nehmen.

Verantwortliche Umweltpolitik braucht geschärfte wissenschaftliche Arbeitsinstrumente und umfassende wissenschaftliche Beratung. In immer stärkerem Maße werden daher in Zukunft von der Wissenschaft nicht nur Fachinformationen, sondern Analysen sehr verwickelter und in ihrem Kausalverlauf schwer erfaßbarer Zusammenhänge zwischen Natur und Gesellschaft verlangt werden. Dies setzt freilich auch im Bereich der Wissenschaft ein Umdenken voraus. Sie wird durch ein interdisziplinäres Verhalten bestimmt sein und durch ein häufig politisch motiviertes Umsetzen in die Praxis ergänzt werden müssen.

Das — in der Verantwortung von Innenminister Genscher entwickelte — Umweltprogramm meiner Regierung, seine Entstehung und Verwirklichung geben ein brauchbares Beispiel dafür, wie der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik aussehen kann. Wissenschaftler und Verwaltungssachverständige haben eine Bestandsaufnahme erarbeitet, die Grundlage für die Entscheidung des Kabinetts war. Parlament und Öffentlichkeit konnten sich durch Veröffentlichung dieser Materialien über alle Voraussetzungen und Annahmen orientieren und diese kritisch überprüfen. Ein

unabhängiger Sachverständigenrat für Umweltfragen mit Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen wurde eingerichtet, um die Bundesregierung wissenschaftlich zu beraten und zu wichtigen Fragen der Umweltpolitik Stellung zu nehmen.

Noch ist es Zeit, das Steuer herumzuwerfen. Unsere Bemühungen um eine friedliche Zukunft der Menschheit dürfen nicht bei der Verhinderung bewaffneter Konflikte enden. Wir hätten wenig erreicht, wenn die Menschen in Zukunft nicht mehr durch Kriege, sondern durch Umweltkatastrophen ungekannten Ausmaßes in ihrer Existenz bedroht würden. Umweltpolitik dient daher auch der Sicherung des Friedens; sie ist — wenn man so will — verlängerte Friedenspolitik.